

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Amira Mohamed Ali, Dr. Gesine Löttsch, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 19/25786 –**

### **Gutes Essen für alle in Kita und Schulen**

#### **A. Problem**

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass Ernährungsarmut ein ernsthaftes Problem in Deutschland ist und in erster Linie Menschen mit niedrigen Einkommen betrifft, weil ihnen ihr zufolge dauerhaft das Geld für gute, gesunde Nahrungsmittel fehlt. Die Antragsteller legen dar, dass Menschen mit niedrigen Einkommen aufgrund ihrer finanziell prekären Situation oft gezwungen sind, billige Nahrungsmittel zu kaufen, die in der Regel kalorienreich sind und wenig wertvolle Mikronährstoffe enthalten. Studien, wie u. a. das Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vom Juni 2020, bestätigen gemäß der Fraktion DIE LINKE. dies und zeigen ihr zufolge außerdem auf, dass die Regelbedarfe in der Grundsicherung für eine gesundheitsfördernde Ernährung in den Lebensrealitäten von Menschen, die in Haushalten mit länger anhaltender Einkommensarmut leben, nicht ausreichend sind.

Die Antragsteller legen mit Verweis auf wissenschaftliche Stellungnahmen dar, dass Ernährungsarmut bei Kindern zu Entwicklungsdefiziten und Wachstumsstörungen führt, die im späteren Verlauf des Lebens nicht mehr korrigiert werden können. Dieser Missstand kann für die Fraktion DIE LINKE. durch eine qualitativ hochwertige und beitragsfreie Kindertagesstätten- und Schulverpflegung wirksam behoben werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/25786 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, umgehend in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen, Schulen und Kindertageseinrichtungen (Kita) ein Konzept für die Einführung einer beitragsfreien und den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) entsprechenden Verpflegung in allen Schulen und Kitas für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland zu schaffen und ausreichend Finanzmittel zur raschen Umsetzung dieses Konzeptes zur Verfügung zu stellen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/25786 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

### **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Alois Gerig**  
Vorsitzender

**Ingrid Pahlmann**  
Berichterstatterin

**Ursula Schulte**  
Berichterstatterin

**Franziska Gminder**  
Berichterstatterin

**Nicole Bauer**  
Berichterstatterin

**Amira Mohamed Ali**  
Berichterstatterin

**Renate Künast**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Ingrid Pahlmann, Ursula Schulte, Franziska Gminder, Nicole Bauer, Amira Mohamed Ali und Renate Künast**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 204. Sitzung am 14. Januar 2021 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 19/25786** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass Ernährungsarmut ein ernsthaftes Problem in Deutschland ist und in erster Linie Menschen mit niedrigen Einkommen betrifft, weil ihnen ihr zufolge dauerhaft das Geld für gute, gesunde Nahrungsmittel fehlt. Die Antragsteller legen dar, dass Menschen mit niedrigen Einkommen aufgrund ihrer finanziell prekären Situation oft gezwungen sind, billige Nahrungsmittel zu kaufen, die in der Regel kalorienreich sind und wenig wertvolle Mikronährstoffe enthalten. Studien, wie u. a. das Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vom Juni 2020, bestätigen gemäß der Fraktion DIE LINKE. dies und zeigen ihr zufolge außerdem auf, dass die Regelbedarfe in der Grundversorgung für eine gesundheitsfördernde Ernährung in den Lebensrealitäten von Menschen, die in Haushalten mit länger anhaltender Einkommensarmut leben, nicht ausreichend sind. Bereits vor zehn Jahren errechnete nach Darstellung der Antragsteller das Forschungsinstitut für Kinderernährung, dass bei Kindern und Jugendlichen eine „Deckungslücke“ zwischen dem Regelbedarf für Ernährung und den tatsächlichen Ausgaben für eine optimierte Mischkost von 18 Prozent bei den Vier- bis Sechsjährigen und bis 44 Prozent bei den 15- bis 18Jährigen bestand. Daran hat sich nach Aussage der Fraktion DIE LINKE. bis heute wenig geändert, da ihr zufolge der Faktor Gesundheit beim Anteil der Nahrung am Regelbedarf bis heute keine Rolle spielt.

Die Antragsteller legen mit Verweis auf wissenschaftliche Stellungnahmen dar, dass Ernährungsarmut bei Kindern zu Entwicklungsdefiziten und Wachstumsstörungen führt, die im späteren Verlauf des Lebens nicht mehr korrigiert werden können. Dieser Missstand kann für die Fraktion DIE LINKE. durch eine qualitativ hochwertige und beitragsfreie Kindertagesstätten- und Schulverpflegung wirksam behoben werden. Notwendig sind für sie außerdem Küchen, in denen frisch und zusammen mit den Kindern gekocht wird. Probleme bereiten in den Augen der Antragsteller die unklaren Verantwortlichkeiten im Bereich Ernährung, da diese im föderalen System Deutschlands auf verschiedene Ebenen verteilt sind und sich verschiedene Ministerien auf Länderebene mit unterschiedlichen Aspekten von Ernährung befassen.

Organisations- und Finanzierungsdefizite sind für die Fraktion DIE LINKE. insbesondere deshalb problematisch, weil aus ihrer Sicht die Gemeinschaftsverpflegung bisher weitgehend dem freien Markt überlassen wurde. Viele Schulen und Kindertagesstätten (Kitas) in Deutschland sind nach Darstellung der Antragsteller gezwungen, auf billige Angebote statt auf Qualität zu setzen. Deshalb sind für die Fraktion DIE LINKE. eine verstärkte staatliche Steuerung und mehr Unterstützung erforderlich. Sie weist darauf hin, dass, obwohl eine bundesweit beitragsfreie Schul- und Kitaverpflegung seit Jahren im Bundestag durch sie gefordert und diskutiert wird (Drucksachen 17/11880, 18/8611 und 19/7025), die bisherigen Bundesregierungen das Thema bis dato nicht aufgegriffen haben. Die Antragsteller kritisieren zudem, dass auch das umfangreiche Gutachten des WBAE zu keinem Umdenken geführt hat, obwohl dieses die Kita- und Schulverpflegung als ein Element der öffentlichen Daseinsvorsorge bezeichnet hat.

Die Fraktion DIE LINKE. legt dar, dass zur Förderung der öffentlichen Fürsorge und Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland der Bund gemäß Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 des Grundgesetzes (GG) in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 GG Maßnahmen erlassen und deren Finanzierung absichern kann. Sie weist darauf hin, dass gemäß des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 21. Juli 2015 zum Betreuungsgeldgesetz zur „öffentlichen Fürsorge“ auch vorsorgende Maßnahmen zur Förderung des Kindeswohls, z. B. der gesunden Entwicklung, zählen. Die Herstellung gleicher Rahmenbedingungen bei der Schul- und Kita-Verpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist für die Fraktion DIE LINKE. notwendig, da laut des WBAE bis heute bezüglich Qualität und Zugang zwischen und innerhalb von Bundesländern und Kommunen erhebliche Unterschiede bestehen.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/25786 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, umgehend in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen, Schulen und Kitas

1. ein Konzept für die Einführung einer beitragsfreien und den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) entsprechenden Verpflegung in allen Schulen und Kitas für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland zu schaffen und ausreichend Finanzmittel zur raschen Umsetzung dieses Konzeptes zur Verfügung zu stellen;
2. faire Ernährungsumgebungen zu schaffen durch die Finanzierung des Aus- und Umbaus von Küchen in Schulen und Kitas, die Ausstattung von Räumlichkeiten zum Essen, die Anlage von Schulgärten, das Verbot von Werbung und Marketing von Unternehmen in Schulen und Kitas und die Regulierung kompetitiver Verpflegungsangebote (private Cafeterias, Kioske und Verkaufsautomaten).

Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, umgehend einen Gesetzentwurf zur Verringerung von Ernährungsarmut vorzulegen, der die Kosten einer gesundheitsfördernden Ernährung in der Berechnung staatlicher Grundsicherungsleistungen berücksichtigt, unerwünschte negative Effekte einer Politik für nachhaltigere Ernährung auf einkommensschwache Bevölkerungsgruppen vermeidet und das Monitoring zur Ernährungsarmut verbessert.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 89. Sitzung am 24. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/25786 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 128. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/25786 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 97. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/25786 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 168. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/25786 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 73. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/25786 abzulehnen.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 19/25786 in seiner 84. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie setze sich für eine gesunde und ausgewogene Kindertagesstätten- und Schulverpflegung ein. Es bleibe aber ein Thema, welches nicht in der Zuständigkeit des Bundes alleine liege. Die Bundesregierung hätte sich schon bislang im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Möglichkeiten für die Förderung der gesunden Ernährung in Schulen und Kindertagesstätten (Kitas) intensiv eingesetzt. Sie hätte vieles auf den Weg gebracht, um die Situation bei der Verpflegung in Kitas und Schulen zu verbessern. Ein Beispiel sei der vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ins Leben gerufene Runde Tisch „Ernährungsbildung in Schulen“. Es sei also nicht der Bund, der in punkto Kita- und Schulesen seine Hausaufgaben nicht gemacht hätte. Durch das „Starke-Familien-Gesetz“ könnten seit dem 1. August 2019 bereits Kinder aus Haushalten, die Arbeitslosengeld II bezögen, ein kostenfreies Mittagessen erhalten. Die von der Fraktion der SPD geäußerte Kritik, dass es hier zu Diskriminierungsfällen bei der Antragstellung käme, sei nicht nachvollziehbar, da auch eine digitale Beantragung möglich sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte zutreffender Weise darauf hingewiesen, dass u. a. der Bau und die Ausgestaltung von Küchen und Mensen nicht Aufgabe der Bundesregierung, sondern der Länder und der Kommunen sei. Es sei zudem abstrus, wenn die Fraktion DIE LINKE. in ihrem Antrag davon spreche, dass Menschen in finanziell prekärer Lage gezwungen seien, sich mit billigen Nahrungsmitteln zu versorgen, die in der Regel kalorienreich seien. Diese Behauptung sei definitiv nicht zu halten. Obst und Gemüse bzw. unverarbeitete Lebensmittel seien in der Regel in Deutschland sehr günstig zu bekommen. Wenn von kalorienreichen Produkten gesprochen werde, beziehe sich das in der Regel eher auf billige Fertigprodukte im Fastfood-Bereich. Die Verpflegung in Kitas und Schulen sei insgesamt nicht die Aufgabe des Bundes. Der Bund sei flankierend dabei, im Rahmen seiner Zuständigkeit die Länder zu unterstützen. Diesbezüglich mache er seit geraumer Zeit sehr viel. Jetzt müssten die Länder und Kommunen in die Verantwortung genommen werden.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, die Berichterstatterin der Fraktion der SPD hätte persönlich für den Antrag der Fraktion DIE LINKE. viel Sympathie und teile dessen Analyse. Es sei auch eine Forderung der Fraktion der SPD, dass in den Schulen und Kitas kostenloses Mittagessen angeboten werde. Die Generalfrage sei allerdings, wer dieses bezahle. Es müsse sich mit den Ländern und Kommunen zusammengesetzt werden, um diese Frage zu klären. Das Thema kostenlose Schul- und Kitaverpflegung finde sich in vielen Wahlprogrammen, u. a. im Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2021, wieder. Deswegen setze die Fraktion der SPD darauf, dass die neue Bundesregierung eine kostenlose Schul- und Kitaverpflegung für Deutschland beschließen werde. Es sei aber nicht der Fall, dass die derzeitige Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen der CDU/CSU und SPD in den letzten vier Jahren in diesem Bereich untätig gewesen wären. Viele Dinge seien von ihnen auf den Weg gebracht worden. Das BMEL unterstütze z. B. eine gesunde Ernährung in Kitas und Schulen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE). Diese seien schwierig umzusetzen, weil es gegenüber ihnen häufig „Beharrungstendenzen“ in den Ländern und in den Kommunen gebe. Häufig sei im diesem Zusammenhang auf kommunaler Ebene der Preis für ein Essen nach den DGE-Standards entscheidend. Im Rahmen der Hilfen für ärmere Familien gebe es schon heute kostenloses Kita- und Schulesen. Allerdings sei die Ausgestaltung dieser Hilfen für die betroffenen Kinder teilweise diskriminierend. Daher hätte der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) mit seinem 2020 veröffentlichten Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ der Politik ins „Stammbuch“ geschrieben, dass ein kostenloses Kita- und Schulesen für alle auch Diskriminierungen abbau. Die Fraktion der SPD hätte zudem erreicht, dass das Thema gesunde Ernährung nochmals intensiver beleuchtet werde, d. h. Kinderärzte, Lehrer und Erzieher in ihrer Ausbildung über sie besser informiert würden, damit sie später Eltern entsprechend beraten könnten.

Die **Fraktion der AfD** merkte an, die Ernährungsarmut unter Kindern und Jugendlichen sei in Deutschland ein ernstes Problem. Das seien Missstände, die geklärt oder beseitigt werden müssten. Aber anstatt, wie u. a. die Fraktion DIE LINKE. in ihrem Antrag, allein auf staatliche Zuwendungen zu setzen, sehe die Fraktion der AfD die Schlüsselrolle in der Bildung der Kinder und Jugendlichen. Eine flächendeckend kostenfreie Verpflegung in Kitas und Schulen höre sich grundsätzlich nicht schlecht an, doch kritisch betrachtet könnte diese Zuwendung

unter Umständen dazu führen, dass die Wertschätzung für Lebensmittel auch entlang der umfangreichen Produktionsketten auf der Strecke bliebe. Wenn Lebensmittel in den Kitas und Schulen nichts mehr kosten würden, könnte es im Umkehrschluss dazu führen, dass die Lebensmittelverschwendung weiter steigen würde. Die im Antrag der Fraktion DIE LINKE. unter Nummer 2 genannte Forderung nach der Finanzierung des Aus- und Umbaus von Küchen in Schulen und Kitas, sodass die Qualitätsstandards vor Ort umgesetzt werden könnten, sei mit Sicherheit erstrebenswert, allerdings nicht Sache des Bundes. Hierbei fehle aktuell das professionelle Personal dazu. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei vom Grundsatz her zwar gut gedacht, aber sei mit Sicherheit schlecht umzusetzen. Deswegen werde die Fraktion der AfD den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, auch sie sei der Meinung, dass die DGE-Standards für die gesamte Gemeinschaftsverpflegung im Bundesgebiet eingehalten werden müssten. Darauf müsse die Politik auch in den kommenden Monaten und Jahren ihr Augenmerk richten. Sie wolle den Duktus des Antrags der Fraktion DIE LINKE. in den Vordergrund stellen. Die Fraktion DIE LINKE. wolle die missliche Lage bei der Ernährungsarmut in Deutschland sowie den Umstand, dass viele Familien vielleicht nicht die Möglichkeiten hätten, den sozialen Aufstieg zu schaffen, alleine damit lösen, indem sie das Thema Ernährung in Kitas- und Schulen – wobei in den vergangenen 15 Monaten in vielen Ländern aufgrund der besonderen Lage im Kontext der Coronavirus-Pandemie Kitas und Schulen nicht „stattgefunden“ hätten – zu stärken versucht. Es müsse stattdessen stärker in den Blick genommen werden, wie den Familien und den Kindern Perspektiven aufgezeigt werden könnten. Dabei sei aus Sicht der Fraktion der FDP ein klarer Auftrag für die Bildung im Land. Es müsse bei den Ernährungsgewohnheiten mehr im Bereich der Erwachsenenbildung gemacht werden sowie Kinder und Jugendliche frühzeitig mit dem Thema Ernährung in Kontakt gebracht werden. Es müsse zudem gelehrt werden, wie sich mit wenig Einkommen gesund ernährt werden könne. Gekümmert werden müsse sich um die Frage, wie in Deutschland den Familien besser der soziale Aufstieg ermöglicht werden könne, d. h., wenn Kinder in eine schwierige Situation hineingeboren worden seien, sie dennoch den Weg finden könnten, sich aus „Hartz IV“ hinauszubewegen. Das sei eine große Herausforderung an die Sozialpolitik, die vom Ernährungsbereich bzw. im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft nicht gelöst werden könne. Der Bund könne bei der Kita- und Schulverpflegung auf die Einhaltung der DGE-Standards hinweisen, aber ansonsten sei sie, worauf schon andere Fraktionen hingewiesen hätten, gemäß des Kooperationsverbotes definitiv Aufgabe der Länder und insbesondere der Kommunen. Die Kommunen seien für die Ausschreibungen bei den Gemeinschaftsverpflegungen zuständig. Wenn die Standards und die Regionalität bei der Ernährung gestärkt werden sollten, müssten die Ausschreibungsregeln in der Europäischen Union (EU) erhöht werden, damit die Kommunen mehr Möglichkeiten hätten, vor Ort eine Verpflegung nach DGE-Standards sicherzustellen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, ihr Ziel, dass es gutes Essen für alle Kinder in Kitas und Schulen in Deutschland geben sollte, sei hinlänglich bekannt. Sie hätte hierzu regelmäßig Anträge in das Parlament eingebracht. Die Fraktion DIE LINKE. sei der Meinung, dass Ernährungsdefizite bei Kindern durch ein gesundes Essen in Kitas und Schulen ausgeglichen werden müssten. Damit es für alle Kinder zugänglich sei, müsse es kostenlos sein. Daher sollte es eine entsprechende Förderung vom Bund geben. Ernährungsarmut sei leider eine bittere Realität in Deutschland. Sie betreffe in erster Linie Menschen mit niedrigem Einkommen, sei es Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiteten oder die von Sozialleistungen, wie z. B. Arbeitslosengeld II, leben müssten. Es gebe hierzu umfangreiche Forschungsergebnisse. Sie belegten, dass die aktuellen Arbeitslosengeld-II-Regelbedarfe nicht ausreichend seien, um Kinder gesund zu ernähren. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband e. V. hätte darauf hingewiesen, dass eine Ernährung nach den Standards der DGE mit den aktuellen „Hartz IV“-Regelsätzen nicht möglich sei. Bei einem Paar mit zwei Kindern fehlten hierfür im Durchschnitt 123 Euro im Monat. Es sei inzwischen nachgewiesen, dass ein gesundes Essen in Kitas und Schulen genau diese Lücke schließen würde. Umso unverständlicher sei es, dass die Bundesregierung immer noch nicht bereit sei, diesen Schritt zu gehen. Es gehe hier um sehr viel, denn die Kinder, die unter Ernährungsarmut litten, hätten u. a. mit Entwicklungsdefiziten und Wachstumsstörungen zu kämpfen, die im späteren Verlauf ihres Lebens nicht mehr korrigiert werden könnten. Es sei dringend notwendig, dass auch der Bund in diesem Bereich seiner Aufgabe nachkomme. Er müsse eine entsprechende finanzielle Förderung den Ländern zur Verfügung stellen, damit es in allen Kitas und Schulen ein gutes und gesundes Essen geben könne. Es müsse barrierefrei für alle und deswegen kostenlos sein. Die aktuelle Situation sei dermaßen, dass es nur an einem geringen Teil der Schulen Schulessen gebe. Von diesen wiederum würden nur wenige die DGE-Standards erfüllen. Es bestehe daher dringender Handlungsbedarf. Diesem werde die Fraktion DIE LINKE. mit ihrem Antrag gerecht, um dessen Zustimmung sie die anderen Fraktionen bitte.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, gutes Essen für alle in Kitas und Schulen sei für sie eine der zentralen sozialen Fragen. In Bezug auf Bildung werde zwar oft gesagt, dass ein voller Bauch nicht gerne studiere, aber es bedeute umgekehrt, dass ein unterversorgtes Kind nicht oder schlechter lernen könne und damit bedeutend weniger Chancen habe. Die Berichterstatterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze in gewisser Weise die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE. gerne, zumal sie persönlich an dieser Thematik selber lange gearbeitet hätte. Die Vernetzungsstellen Schulverpflegung seien von ihr als damalige Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) neu eingeführt worden. Das erinnere sie aber auch daran, wo das wirkliche Problem liege. Es seien die Länder, die sich dieser Aufgabe widmen müssten. Die Kita- und Schulverpflegung sei originäre Länderaufgabe. Bedauerlicherweise verhalte sich die fachlich zuständige Kultusministerkonferenz (KMK) auf breiter Front bei diesem Thema seit vielen Jahren zurückhaltend. Bis vor kurzem hätten sich nur zwei Länder dazu entschieden, die DGE-Standards umzusetzen und für eine entsprechende Ernährung zu nutzen. Hier sei noch viel zu tun. Positiv sei, dass es mittlerweile Länder gebe, bei denen das Thema Eingang in die Koalitionsvereinbarungen gefunden hätte. Es gebe zudem Städte, die sich selber eine Ernährungsstrategie gegeben hätten und für die gesamte Gemeinschaftsverpflegung einen Umbau vornähmen. Möglicherweise sei hier das Land Berlin mit seiner „Kantine Zukunft“ am weitesten, die im Bereich Kantinen vom Kindergarten über Krankenhäuser bis hin zur Berliner Stadtreinigung (BSR) und Altersheimen nachhaltige Ernährungsstrategien für die Gemeinschaftsgastronomie umsetze, die u. a. den Einkauf der Lebensmittel sowie die altersgemäße Umstellung der Ernährung betreffe. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei der festen Überzeugung, dass der Bund dieses nicht alles bundesweit übernehmen könne, aber er deutschlandweit Modelle in verschiedenen Ländern unterstützten könnte, um die Dinge anzuschieben und regionale Vorschläge zu haben. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. insgesamt nicht zustimmen, weil er davon spreche, dass der Bund bei der Kita- und Schulverpflegung die Finanzierung übernehmen solle, was u. a. wegen des bestehenden Kooperationsverbotes, auch beim notwendigen Aus- und Umbau von Küchen, nicht möglich sei. Sie finde, dass die Länder dieses schaffen sollten und müssten.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/25786 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

**Ingrid Pahlmann**  
Berichterstatterin

**Ursula Schulte**  
Berichterstatterin

**Franziska Gminder**  
Berichterstatterin

**Nicole Bauer**  
Berichterstatterin

**Amira Mohamed Ali**  
Berichterstatterin

**Renate Künast**  
Berichterstatterin